

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6zeilige Millimeterzeile für Arbeitsgeber 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebot 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Verantwortl. u. Geschäftsstell.: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 3

Duisburg, den 17. Januar 1925

26. Jahrgang

Leistungssteigerung und Lohnpolitik

Es ist ganz falsch, bei einer Leistungssteigerung des ganzen volkswirtschaftlichen Apparates immer zuerst an den einzelnen Arbeiter zu denken. Leider verfahren viele Unternehmungen viel nutzlose Kraft, um Betriebskoeffizienten herzustellen, die von der Arbeitgeberseite ständig benötigt werden, um nachzuweisen, wie hoch die Leistungssteigerung des einzelnen Betriebes abhängig ist von dem guten Willen des Arbeiters. Der Größe seiner Muskelanstrengung, seiner Aufmerksamkeit und seines Fleißes.

Wir geben zu, daß das Gesamtergebnis zu einem Teile durch größere Muskelanstrengung, erhöhte Aufmerksamkeit und Eifer des Arbeitnehmers gesteigert werden kann, ist aber nur ein geringer Teil im Verhältnis zu dem, was der Unternehmer und Wirtschaftspolitiker tun muß, um den Ertrag der ganzen Volkswirtschaft zu erhöhen. In der heutigen Industriewirtschaft hängt der Leistungsanstieg des Einzelbetriebes weit mehr von den Faktoren ab, für die der Unternehmer verantwortlich ist, als von denen, die der Arbeiter beeinflussen kann. Nicht zu vergessen, daß die persönliche Leistung des Arbeiters durch Betriebsdisziplin, gute Behandlung, richtig bemessene Arbeitszeit und guten Lohn sehr weitgehend beeinflusst werden kann, so daß sogar hier die Verantwortlichkeit für die Einwirkung weitgehend dem Unternehmer zufällt. In der letzten Zeit sind öfter Untersuchungskommissionen größerer Werke und Konzerne nach Nordamerika gereist, um zu untersuchen, woher es kommt, daß die durchschnittliche Leistungsergebnisse der Arbeiterkraft in Nordamerika weit höher ist als bei uns. Diese Kommissionen machen als einflussreiches Beobachtungsergebnis die Mitteilung, daß das Arbeitstempo drüben ein viel schnelleres sei als bei uns. Darum könne der dortige Unternehmer auch die sehr hohen Löhne zahlen, weil ihm der einzelne Arbeiter sehr viel mehr leistet. Dazu ist zu bemerken, daß dieses Arbeitstempo, von dem bei uns so viel die Rede ist, bei einer richtigen Betriebsorganisation auch bei uns erreicht werden könnte. Die vielen Einwanderer, die aus dem alten Europa nach drüben kommen, werden in den Betrieben selber ja auch erst dahin erzogen, daß sie sich demselben Tempo schließlich anpassen.

Man darf die Bedeutung des Arbeitstempos für die Leistungssteigerung der ganzen Volkswirtschaft aber ja nicht überschätzen. In den meisten Fällen besteht die Überlegenheit der amerikanischen Industrie in einer besseren technischen Ausrüstung und einer rationelleren Betriebsorganisation. Der Erfolg der Arbeitsleistung eines guten Arbeiters in einem schlecht organisierten Betriebe an einer rüchständigen Maschine kann weit geringer sein als der Leistungserfolg eines schlechten Arbeiters in einem gut organisierten Betriebe und an einer vollkommenen Maschine.

Aber auch im Einzelbetriebe läßt sich die volkswirtschaftliche Leistungssteigerung nicht vollkommen zu Ende führen. Der Leistungserfolg des bestorganisierten Betriebes kann vermindert werden, wenn eine zwischenbetriebliche volkswirtschaftliche Desorganisation vorliegt. Diese ist u. a. erkennbar an den hohen Spannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen und an der Überhebung des Zwischenhandels und des Bankapparates mit viel zu vielen selbständigen Firmen. Bei uns sind sogar die Handelszweckspannen, deren Weg vom Erzeuger zum Verbraucher ein sehr kurzer ist, gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich gestiegen. Nach einer Statistik der „Frankfurter Zeitung“ vom November letzten Jahres betrug z. B. 1913 die Handelszweckspanne für Schweinefleisch 62,7 v. H. des Erzeugerpreises. Im Oktober 1924 betrug diese Spanne 111 v. H. Bei frischer Butter ist der Unterschied noch größer. 1913 war die Handelszweckspanne 8,4 v. H. und im Oktober 1924 40,4 v. H. des Erzeugerpreises. Auch die Handelszweckspanne des Roggens ist von 95 v. H. im

Jahre 1913 auf 121 v. H. im Oktober 1924 gestiegen. Wenn sich solche Verhältnisse schon bei so kurzen Handelswegen, wie sie die landwirtschaftlichen Produkte nur zurücklegen haben, herausbilden, wieviel mehr muß das erst der Fall sein bei hochwertigen Industrieprodukten, in denen Tausende von verschiedenen Materialien vereinigt sind, die vom Rohstoff bis zum Endprodukt oft Dutzende von Bearbeitungsstufen und zahlreiche Handelswege durchlaufen müssen.

Um recht eindrucksvoll zu zeigen, welche großen Summen erspart werden können durch eine Rationalisierung des Handels und Verkehrs, greifen wir einmal auf die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 21. November 1924 zurück. Es werden dort Ermittlungen mitgeteilt, die in den Vereinigten Staaten angestellt wurden: „Dort wollte man feststellen, ob die Industrie zu hohe Bearbeitungskosten berechnet, oder ob sich eine unnötig große Zahl „unproduktiver Hände“ zwischen Bearbeiter und Konsumenten dränge. Fast ein volles Jahr hat sich das „Joint Committee of Agricultural Inquiry“ unter Betragung von rund 3000 Sachverständigen mit dem Problem beschäftigt. Es hat die verlässliche Feststellung gemacht, daß von jedem Dollar, den der Konsument bezahlt, muß nur 20 Cents dem Rohstoffherzeuger und nur 17 Cents dem Fabrikanten zufließen, daß der Rest für den Großhändler nicht mehr als 14 Cents Gewinn teilen, daß dagegen die Kosten für Vertrieb und Beförderung volle 49 Cents, also fast die Hälfte des Preises, absorbieren. Trotzdem hat der Ausschuss erklärt, seinen Anhalt dafür gewonnen zu haben, daß irgendwie der am Vertrieb beteiligten Instanzen ungebührliche Aufschläge berechnet. Wolchem entspricht im allgemeinen das Entgelt der Leistung. Die Schuld an der ungebührlichen Verteuerung der Produkte liegt nicht bei den Personen, sondern beim System. Der Verteilungsprozess, dem die Waren unterliegen, müsse als im höchsten Grade unrationell bezeichnet werden.“ Wir betonen ausdrücklich, daß es sich hierbei um die Unterführung von amerikanischen Verhältnissen handelt, also um eine Wirtschaft, in der die Spanne zwischen Löhnen und Preisen viel kleiner ist als bei uns. Wie groß müssen erst die Aufwendungen sein, die bei der bei uns bestehenden volkswirtschaftlichen Desorganisation auf Handels- und Verkehrsunkosten fallen. Der zu erwartende hohe Prozentsatz, der auf solche „unproduktive“ Aufwendungen laßt, gibt uns einen Anhaltspunkt dafür, welche Leistungssteigerung volkswirtschaftlichen Gesamtapparates wir erwarten dürfen, allein durch eine Rationalisierung und Rationalisierung der volkswirtschaftlichen Organisation, d. h. der richtigen Zusammenordnung der verschiedenen Wirtschaftsglieder, der Einzelunternehmen und Haushalte.

Stellen wir uns nun die Hauptfrage, mit welchen Mitteln die hier vorgeschriebenen drei Stufen der Leistungssteigerung, die volkswirtschaftliche, die betriebliche und die des Arbeiters erreicht werden kann. (Hier ist übrigens einzuhalten, daß die in der Stabilisierungszeit bisher erfolgte Produktionssteigerung zweifellos erreicht wurde durch Verbesserung auf allen drei Stufen und nicht allein, vielleicht sogar nur zum kleinsten Teile, ein Ergebnis der verlängerten Arbeitszeit ist). Der Wirtschaftspolitiker muß hier objektiv vor allem zwei Mittel empfehlen. Einmal die Herstellung der freien Konkurrenz, durch Beseitigung veralteter Ein- und Ausfuhrverträge, von schädlichen Kartellbindungen und überflüssiger Zölle und zum anderen als wichtigsten Mittel: Ausreichende Löhne.

Nur so ist es möglich, eine volkswirtschaftliche Leistungssteigerung zu erreichen, die sich in ihrem Enderfolg mit derjenigen unserer hauptsächlichsten Konkurrenzländer vergleichen läßt und messen kann. E. K.

Warum habt ihr die e Erfolge nicht?

Weil bei euch nur wenige organisiert sind! Das ist die treffendste Antwort, die man den Kollegen auf manche Klagen geben kann. Wie es mit Lohn und Arbeitsverhältnis steht an den Orten, wo unser Christlicher Metallarbeiterverband stark ist, dafür gibt die Erwerbstätigenliste in Wien ein Beispiel genug.

Die Lohnentwicklung zeigt, wie sehr sich der Gewerkschaftsbeitrag gelohnt hat. Folgende Lohnsteigerungen gegenüber 1923 waren zu verzeichnen:

Wien: Facharbeiter 100 Proz., angelernte Arbeiter 96 Proz., ungelernete Arbeiter 91 Proz., Lehrlinge durchschnittlich 180 Proz., Kinder- und Hausstandsgeld 200 Proz. Erhöhung.

Südnunghausen: Facharbeiter 93 Proz., angelernte Arbeiter 83 Proz., ungelernete Arbeiter 78 Proz., Lehrlinge durchschnittlich 15 Proz., Kinder- und Hausstandsgeld 200 Proz. Erhöhung.

Delbe, Beckum, Neubeckum: Facharbeiter 89 Proz., angelernte Arbeiter 84 Proz., ungelernete Arbeiter 78 Proz., Lehrlinge durchschnittlich 155 Proz., Kinder- und Hausstandsgeld 200 Prozent Erhöhung.

Hunderter von Entlassungen wurden abgemehrt. Infolge einer Anordnung der Gewerkepolizei mußte die Firma Kertmann, Wien, die Arbeitszeit für die weiblichen Arbeiter umstellen. Bei dieser Umänderung sollten 30 Arbeiterinnen entlassen werden. Durch unser entschlossenes Eingreifen haben wir die Entlassungen verhindert. — Am 23. Dezember kündigte die Firma Kordas-Wette bei Delbe einem Drittel ihrer Belegschaft zum 6. Januar. Wir nahmen am Sonntag, dem 28. Dezember, Stellung zu dieser Massenkündigung. Am gleichen Tage gelang es dem Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, die Kündigungen rückgängig zu machen. — Ein bei den Sendershorster Glanz- und Emailierwerken beschäftigter Kollege weigerte nur einmal die Leistung einer Ueberstunde. Er wurde dafür direkt entlassen. Wir ermittelten aber am folgenden Tage direkte Wiedereinstellung. Und so könnten wir noch viele Fälle anführen. Wo wäre die Arbeiterschaft hingelommen, wenn sie nicht organisiert gewesen wäre? Sie würde bei Kündigungen und Entlassungen schau-, arbeits- und brotlos dastehen. Wenn die Kollegen überall solche Erfolge erzielen wollten, dann müssen sie sich energisch in der Organisation betätigen.

Arbeits- nicht Wertsgemeinschaft

In dem an anderer Stelle erwähnten Neujahrsartikel nimmt der Geschäftsführer der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auch Stellung zu den Wertsgemeinschaften. Er sagt folgendes:

Alle Dinge, die geschaffen werden, kommen vom Menschen, der Mensch ist die unterste und gleichzeitig die wichtigste „Instanz“ aller Organisationen, sei er nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Die Organisationen schuf der Mensch, der „organisierte“, zu seinem Wohl, nicht schuf die Organisation den Menschen. Das wird häufig übersehen. Im Wirtschaftlichen ist das Werk die Stelle, wo die Menschen zusammenarbeiten, Hand- und Kopfarbeiter. Von ihm aus muß auch die Gestaltung unserer Wirtschaft und die Ueberbrückung der sozialen Gegensätze ausgehen, nicht von „Zentralarbeitsgemeinschaften“, die meist nur Ausprägungen sind. Das hilft uns wohl über Krisenzeiten einmal hinweg, war gut und zweckdienlich, aber es ist doch nicht das Ideale und das Einzige. Daher glaube ich, daß sich dem Gesetz natürlicher Entwicklung folgend die „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dort bilden wird, wo die Stätte der Arbeit ist, das ist das Werk, der Betrieb. Das haben anscheinend auch die Führer des Weltkommunismus erkannt und darauf, daß sie Zellen in den Betrieben Deutschlands, wie Frankreichs, Österreichs wie Polens bildeten, die Hand an die Produktion Europas gelegt.

Wie solche Wertsgemeinschaft aussieht, dafür folgender Beleg: Am 28. 12. 24 tagte in Welfert ein selten vorkommender Schlichtungsausschuß. In Verfolg des Treibens Dr. Klenters, dessen Hauptaufgabe in der Zerstückelung der Gewerkschaften besteht, war die Arbeitsgemeinschaft tariflos geworden. Dr. Klenter betrachtete die Tariffreiheit herbeizuführen, machte er den Arbeitgeberverband tariflos.

Weiter propagierte Dr. Klenter die Wertvereine mit dem Schlagwort „Wertsgemeinschaft“. Zur Gründung einer Wertsgemeinschaft kam es bei der Firma Karl vom Brud.

Weil ein tariffähiger Arbeitgeberverband fehlte, reichten die Gewerkschaften bei insgesamt 154 Betrieben Lohnforderungen ein. Da die Betriebe die Forderungen unberücksichtigt ließen und dem Reichsarbeitsministerium davon Mitteilung gemacht wurde, beauftragte der Reichsarbeitsminister den staatlichen Schlichter Mehlisch, die Angelegenheit in Welfert zu erledigen. Mehlisch lud 154 Arbeitgeber auf den 18. 12. zu Schlichtungsverhandlungen.

Nach Klarlegung der Streitfrage durch Mehlisch, war es Karl vom Brud, der im Namen seiner Wertsgemeinschaft gegen die Art der Forderung und gegen die Art der Einladung durch Mehlisch protestierte.

Trotzdem kam es zur Bildung einer Schlichtungskammer, die nach längerer Beratung einen einstimmigen Spruch mit 13 Prozent Lohnhöhung fällte.

Nach Bekanntgabe des Spruches erklärte Karl vom Brud mündlich: „Im Namen meiner Wertsgemeinschaft lehne ich den Schiedsspruch, der 12 Proz. Lohnhöhung vorsieht, ab.“ Also, im Namen der Arbeiterschaft lehnt der Arbeitgeber vom Brud eine 12prozentige Lohnhöhung ab.

In einer Betriebsversammlung der Firma vom Brud, wo ob jektive Aufklärung geschaffen wurde, nahm die Arbeiterschaft den Schiedsspruch, der zugleich wieder ein tarifliches Verhältnis schaffte, an.

Die Arbeiterschaft bedankt sich für die gelbe Wertsgemeinschaft. Sie will durch die Organisation ihre Rechte verteidigen.

Der Kampf um die Arbeitszeit

Das Barometer in der Frage der Arbeitszeit in den Hochöfenwerkten steht auf Sturm. Auf der ganzen Linie rückt das Unternehmertum gegen unsere Christlichen Metallarbeiterverband vor. Daß der Reichsarbeitsminister nicht geschont wird, versteht sich.

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet:

Erheben härtesten Einspruch gegen fortgesetzte mißdeutbare Auslassungen des Reichsarbeitsministers in der Öffentlichkeit zur Frage der Arbeitszeit der Hochöfenwerke, u. a. in Nr. 1 der Zeitung „Der Deutsche“. Verhalten Ministers fördert Veruche der Gewerkschaften, Unruhe in kurzzeit ruhig arbeitenden Betrieben hervorzurufen.

Diesem Telegramm ließ der Arbeitgeberverband nach folgendes Schreiben an den Reichskanzler und dem in Betracht kommenden Reichsminister folgen:

Der Herr Reichsarbeitsminister hat in der letzten Zeit zu den verschiedensten Malen zur Frage der Arbeitszeit in der Öffentlichkeit Stellung genommen. Seine Auslassungen waren hierbei meist in einer Form gehalten, daß sie sowohl von Arbeitgebern als auch ganz besonders von der Arbeiterschaft als festes Versprechen ausgelegt werden konnten, die Arbeitsstunden sich in kürzester Frist, auf jeden Fall ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage, wieder eingeleitet werden. Zumal die harte ausgeprochene Erklärung des Herrn Reichsarbeitsministers, wie sie in einer Unterredung mit einem Vertreter der Zeitung „Der Deutsche“ zum Ausdruck kommt, kann nur in diesem Sinne gedeutet werden. Die Haltung des Herrn Reichsarbeitsministers ist deshalb in hohem Maße geeignet, bei der Arbeiterschaft Hoffnungen auf unmittelbar bevorstehende Wiedereinführung des Achtstundentages zu erwecken. In den Betrieben herrscht zurzeit noch keinerlei Unruhe trotz der vielfachen Veruche der Gewerkschaften solche zu erzeugen. Besonders der Christliche Metallarbeiterverband geht hierbei mit den unlauteren Mitteln vor. Wir verweisen auf das in der christlichen Gewerkschaftspressen veröffentlichte gefälschte Rundschreiben unseres Verbandes betriffs der Arbeitszeit. Wir geben von dieser Fälschung seiner Zeit verschiedenen Reichs-

ministerien sofort Kenntnis. Das Bestreben der Gewerkschaften geht zweifellos dahin, für den Fall, daß sich aus wirtschaftlichen Gründen die Wiedereinführung der dreizehnteiligen Schicht in den Hochöfen und Kokereien als unmöglich erweist bzw. das Gutachten des Reichswirtschaftsrats nicht in dem vom Herrn Reichsarbeitsminister erwarteten Sinne ausfällt, die getäuschten Hoffnungen der Arbeiterschaft zur Erzeugung von Unruhen auszunutzen. Die Äußerungen des Herrn Reichsarbeitsministers sind deshalb nur zu sehr geeignet, das Vorgehen der Gewerkschaften, das fraglos zu den schwersten Arbeitskämpfen führen muß, zu fördern.

Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller: gez. Poensgen, gez. Dr. E. Hoff.

Gegen diesen neuen bezeichnenden Schritt des Arbeitgeberverbandes Nordwest hat eine in Duisburg tagende Vertretertagung des Christlichen Metallarbeiterverbandes am 8. d. M. in folgendem Telegramm Stellung genommen:

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Berlin.

Vertretertagung des Christlichen Metallarbeiterverbandes bedauert im Hinblick auf ungerechtfertigte Angriffe des Arbeitgeberverbandes Nordwest, besonderes Bedauern. Wir dröhnten an den Herrn Reichskanzler: „Verhandlungsvertretertagung des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu Duisburg aus allen Bezirken der Schwerindustrie befehlt, nicht sich verpflichtet, den Herrn Reichskanzler auf die starke Unruhe hinzuweisen, welche das Vorgehen der Schwerindustrie gegen die gesetzliche Wiedereinführung der dreizehnteiligen Schicht für die Arbeiter der Hochöfen, Kokereien und Zelluloseanlagen verursacht.“

Tägung erhebt entschiedenen Einspruch gegen den Verstoß des Arbeitgeberverbandes „Nordwest“, welcher sich gegen den Herrn Reichsarbeitsminister wendet und bittet die Reichsregierung erneut, der bezeichneter Arbeiter den gesetzlichen Schut nicht länger vorzuenthalten, den § 7 der Arbeitszeitverordnung zuläßt.

Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands: W. Heber, Verbandsvorsitzender.

Die Kollegen wissen was auf dem Spiele steht. Reife Organisation ist unerlässliche Bedingung für ein siegreiches Durchgehen.

„Arbeiter“ und Scharfmacher Hand in Hand

Die ehemals durch ihre Gelben bekannte Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen hat eine Anzahl christlich organisierter Metallarbeiter aus Straßenpflaster geworfen...

Der Gute-Hoffnungs-Hütte war das ein gesundesessen. Sie ist in der glücklichen Lage — die andere nicht haben und was man in früheren Zeiten Hochkonjunktur nannte...

Wir haben festgestellt, daß diese Belegschaft nur ein winziger Teil der Arbeiter der Gute-Hoffnungs-Hütte waren. Leute, die von christlichen Religionsgemeinschaften, von christlichen Grundrissen...

Was wir voraussehen, ist eingetreten. Eine Anzahl Leute, die ihre christlichen Grundriss höher einschätzten als den Schuld der Mammon, kamen um Urlaub nach...

Mußte die große Anzahl der Arbeiter der G.H. auf das christliche Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familie verzichten unter dem Druck der Verhältnisse...

Der Christliche Metallarbeiterverband, so wird von den Befürwortern der Arbeit am H. Abend gesagt, trägt Schuld an diesem Elend der geduldeten Leute...

Wir wissen, wie man sich in der G.H. über die öffentliche Meinung, besonders die Forderungen der kirchlichen Behörden hinwegsetzt...

Wir sehen ferner aus obigen Ausführungen, daß die G.H. prompt die bekannte Verfügung des Arbeitgeberverbandes Nordwest bet. Arbeiterhütten durchführt...

Ausperrung als Weihnachtsgeschenk

Die Firma C. D. Magirus A.G. in Ulm a. D. hat am 24. Dezember ihre gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt, nachdem am 10. Dezember 1924 etwa 100 Arbeiter wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt hatten...

Die Technik der Alten

Von Dr. Fritz Günzel, Spandau. Immer hören wir von der modernen Technik, von dem Zeitalter der Mechanisierung, von der fortschreitenden Industrialisierung und ähnlichen Problemen reden...

Die Metallarbeiterchaft der größeren Betriebe in Ulm stellte am 8. November die Forderung auf eine 20prozentige Erhöhung der Löhne. Die tariflichen Stundenlöhne betragen für Arbeiterinnen über 23 Jahre 29 Pfg. für Hilfsarbeiter über 25 Jahren 43 Pfg. für Angelernte 44 Pfg. und für gelernte Arbeiter 47-50 Pfg.

Mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche ab werden folgende Sätze festgesetzt: 1. für Arbeiterinnen mit 23 und mehr Jahren, die im Stundenlohn arbeiten, beträgt der Mindeststundenlohn 32 Pfg.

In der Begründung des Schiedspruches wurde gegenüber dem mit der Teuerung der Lebenshaltung begründeten Antrag der Arbeiterchaft auf Lohnerhöhung ausgeführt:

Bei der Frage, inwieweit diesem Antrag stattgegeben werden kann, war für den Schlichtungsausschuß einmal maßgebend, daß die Firma in den letzten Monaten verhältnismäßig die Lohnsätze erhöht hat, sowie die Tatsache, daß eine dauernde wirtschaftliche Besserstellung unserer Arbeiterschaft nur dann zu erreichen sein wird, wenn die Ausfuhr der deutschen Industrie gesteigert und unserem Wirtschaftskörper dadurch mehr Werte zur Verteilung zugeführt werden.

Die Schiedsprüche wurden für jede Firma einzeln mit dem gleichen Wortlaut gefällt. Nach dem Inhalt des Schiedspruches kam für eine Lohnerhöhung nur der Kreis der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Betracht.

Die Arbeiter können nicht erkennen, daß mit Monatsverdiensten von nur 75-100 Mark (ungerchnet der durchschnittlich über 12 Prozent betragenden Abzüge des Großteils der Arbeiter über 25 Jahre, mit sinkender Lebenshaltung, gekürzt der Arbeitskraft, die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands zu erreichen ist.

Das war der allgemeine Untergrund der Lohnbewegung. Nach Ablehnung des Schiedspruches reichten die Holzarbeiter bei der Firma C. D. Magirus A.G. neue Forderungen ein und traten am 10. Dezember mit etwa 70 Mann in Streik.

Von der Ausperrung bei der Firma Magirus sind die Arbeiter ohne Unterschied, ob organisiert oder nicht organisiert, ob jung oder alt, betroffen. Ein ganz drastischer Fall wird hierzu noch gemeldet: Um 11½ Uhr erhielt ein Arbeiter von der Direktion unter anerkennenden Worten für langjährige Dienstjahre (36 Jahre sollen es sein) die Verdienstmedaille aus der König-Kart-Stiftung für treue Arbeit überreicht — und um 12 Uhr wurde auch diesem Veteranen der Arbeit der Laufpaß gegeben.

Die Vorkünfte zeigen jedem Arbeiter die dringende Notwendigkeit des Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften.

Die Priester dieser Völker stalt. Durch diese Beschäftigung machten sie sich selbst zu Begründern alles empirischen Wissens und aller Wissenschaft. Vor allem aber trugen sie in alle Technik das Moment des planvollen Entwurfes und der mathematischen Genauigkeit und Exaktheit hinein — also ein Moment, auf das unsere Zeitgenossen noch häufig Anspruch erheben unter völliger Unbegrifflichkeit der Tatsache, daß sie selbst unter großer Ueberhebung der eigenen Person auf Wesen wandeln, die schon vor Jahrtausenden gebildet wurden.

Zweitens gründeten diese Völker alles eigentliche Bauen. Die ersten Steinbauten entstanden durch ihre Initiative und die ersten großen Kauer-, Straßen- und Wasserbauten zeugen von ihrer großen Energie und dem gleichzeitigen Streben nach einer möglichst ausgebildeten und fortbildenden Kultur.

Drittens schufen sie im Zusammenhange mit der Bronze-, Eisen- und Rautschmid auch eine kolossal ausgebildete Kriegstechnik und komplizierte Kriegsmaschinen. Denn schon zu damaligen Zeiten vermochten sich die Völker in ihren Ansehensbeziehungen nicht immer friedlich darzulegen, und Neid gab es damals genau wie heute, die den Vorrang eines anderen Volkes zum Anlaß nahmen, ihm Fehde anzujagen und seiner Vorteile zu berauben.

Wir müßten ein ganzes Buch vollbringen, wollten wir alle diese unzähligen interessanten Details schildern. Der Rahmen, der uns hier steht, erlaubt aber nur die Behandlung der wichtigsten

Am Ende des Latetns

Als im vergangenen Winter die Krise über die deutsche Wirtschaft hereinbrach, hatten die Arbeitgeber nichts Eiligeres zu tun, als so schnell wie möglich künftige Löhne und Abkoste in der wirtschaftlichsten Weise abzubauen. Wie gründlich man dabei zu verfahren gedachte, geht am besten daraus hervor, daß z. B. der Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten den Gewerkschaftsvertretern einen Stundenlohn von 0.28 M für Facharbeiter über 24 Jahre anbot.

1914 (in 10 Stunden) 2000 x 1000 x 1 mm Bleche = 6400 Kilogramm, es wurden bezahlt für 1000 A. jr. 1,95 M, also Verdienst in 10 Stunden 12,48 M.

1924 (in 10 Stunden) 580 Stück derselben Sorte = 9280 Kilogr., es werden bezahlt für 1000 Kilogr. 1,04 M, also Verdienst in 10 Stunden 9,65 M.

Auf dem zum selben Konzern gehörenden Walzwerk Stegener Eisenindustrie A.G. wurden produziert:

1914 (in 10 Stunden) 260 Stück = 4160 Kilogr., es wurden bezahlt für 1000 Kilogr. 1,95 M, also Verdienst in 10 Stunden 8,11 M.

1924 (in 10 Stunden) 460 Stück = 7360 Kilogr., es werden bezahlt für 1000 Kilogr. 1,15 M, also Verdienst in 10 Stunden 8,46 M.

Es handelt sich in beiden Fällen um Walzwerklohn. Die übrigen Arbeiter erhalten wesentlich weniger. In dem ersten angeführten Falle hat also der Meister trotz einer um 45 Proz. erhöhten Produktion im Jahre 1924 2,73 M pro Schicht weniger verdient als 1914.

Daß diese Produktion, die ohne wesentliche technische Verbesserungen und ohne Vermehrung der Personals bei den einzelnen Walzstraßen erzielt wird, sich auf die Dauer nicht halten lassen, ersieht sich aus dem Umstand, daß jeder Wälzfall (Wärmepausen usw.) in Wegfall kommt; die ganze wesentlich erhöhte Produktion geht durch die Hände derselben Arbeiterzahl wie 1914. Wer die, im allgemeinen ziemlich vorfindlichen Einrichtungen der Siegerländer Walzwerke, die unerhörte Hitze und schlechte Ventilation kennt, der weiß auch, daß kein Arbeiter aus Liebe zur Sache sondern höchstens des besseren Verdienstes willen in die Walzwerke hineingeht. Wird die Verdienstmöglichkeit jedoch in dem Maße beschränkt, wie es oben gezeigt wurde, dann wird es sich jeder zweimal überlegen, ob er wegen des geringen Mehrverdienstes seine Gesundheit und Körperkraft in einem Walzwerk aufs Spiel setzt. Letztlich fehlt es auch heute schon an Walzern in allen Betrieben, so daß ein Werk schon die Aufsichtsbehörde darauf hingewiesen hat, daß die letztere da nicht helfen kann, sollten eigentlich die Arbeitgeber wissen.

Die Siegener Geschäftsführung des Christl. Metallarbeiterverbandes hat schon im Februar 1924 die Direktion der Charlottenhütte darauf aufmerksam gemacht, daß die unerhörten Abkosteabzüge eine Flucht aus den Walzwerken zur Folge haben würde. Will man die Arbeiter wieder in die Walzwerke hinein haben, dann muß man sie wieder anständig bezahlen, anders geht es nicht. Für die Walzger aber ist es an der Zeit, sich selber etwas mehr zu regen und sich vor allen Dingen wieder dem Christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, damit in dessen Branchenversammlungen die Dinge besprochen und gemeinsam geändert werden können.

Internationaler Eisentrust in Sicht

In der Vollversammlung der Niederrheinischen Handelskammer zu Duisburg am 2. Januar erklärte der Präsident, Generaldirektor Dr.-Ing. Reusch, zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich:

Fragen: Hausbau, haustechnische Technik und die Technik des großen Stiles, die in den Händen der ganzen sozialen Gemeinschaften lag. Diesen Gebieten wollen wir einige Zeilen widmen.

Jahrlangende vor der Zeit, wo der Steinbau dieser westasiatischen Stämme und Völker zur Anwendung kam, war das Wohnen wie das gesamte Leben im Freien eine Wohnheit der Menschen gewesen. Schutz gegen Witterung, Kälte wie Hitze, Regen und Wind und gegen Feinde suchten sie lediglich unter primitiven Schutzhäusern. Es war schon als Fortschritt der Entwicklung zu betrachten, wenn sich die Menschen zur Herstellung von bienenkorbbartigen, mit Keilspitz und Blattwerk überdachten Hütten entschlossen oder Felsenhöhlen und Erdlöcher aufsuchten. Nur kulturell höher stehende Stämme hatten das Untertommen in Zelten oder Wagen zur Wohnheit werden lassen. Durchweg waren diese ersten Unterfunststätten aber niedrig, un bequem und schmucklos. Menschen und Vieh waren gewöhnlich gleich stark an der Benutzung dieser Räume beteiligt, die, von Licht und Luft sehr wenig durchdrungen, höchstens für die Nacht aufgekühlt wurden. Tagsüber hielt sich alles im Freien auf und die Räume wurden energielos gemieden. Solche Wohnstätten konnten naturgemäß keine größere Bedeutung für das Wirtschaftsleben haben und übten einen höchst geringen Einfluß auf die Gesundheit und Wirtschaftsführung aus. Meistenteils war diesen Räumen auch gar keine längere Lebensdauer zugedacht, denn der gewohnte kurze Aufenthalt ohne irgendwelche Schattigkeit ließ nur Gebilde für einige Tage, höchstens aber Monate zu. Und die Männer befaßten sich mit dieser Arbeit überhaupt nicht, es war eine Aufgabe, deren Lösung den Frauen oder Knaben zufiel. Aber eine Bedeutung zukünftigen Charakters hatten diese primitiven Räume doch. Sie bildeten die Grundpfeiler, auf denen in unentbar vielen Variationen sich im Laufe der Zeit das Holzhaus aufbaute. Das die Männer des Stammes oder Volkes in dem gemäßigten Klima des asiatischen Nordens mit Hilfe der Art in den halbreichen Gegenden schufen. Die Hamiten und Semiten schufen den dortigen nördlichen Gebieten das Steinhaus. Diesem Baupfystem lag aber schon ein wesentlich höherer Sinn zu Grunde; und beim Holzhaus wie

Mit Wissen der Regierung sei versucht worden, in privaten Verhandlungen die wichtigsten Fragen der Einfuhr von Eisen und Stahl aus Frankreich zu lösen, bisher jedoch ohne jeden Erfolg. Die Schaffung eines internationalen Stahlzolltarifs, die im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen in der Öffentlichkeit behauptet wurde, sei ganz ausgeschlossen. Möglich sei nur die Wiederherstellung von Vereinbarungen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, und die sich lediglich auf Schienen und Formeleisen beschränken. Die von den Franzosen gewünschte Aufrechterhaltung der zollfreien Einfuhr eisenerzeugnisse bestand, dürfte unter keinen Umständen zugegeben werden.

Zum gleichen Thema hatte sich vor einigen Tagen Friedrichsen in einem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ gegenüber geäußert und dabei ausgeführt:

Von der Bildung eines internationalen Stahlzolltarifs kann keine Rede sein. Eine solche Organisation ist vorläufig noch ein Phantom. Die Verhältnisse auf dem Stahlweltwirtschaftsmarkt sind heute vollkommen umgekehrt und bedürfen zweifellos einer Konsolidierung. Durch den Weltkrieg und die Gebietsabtretungen, die Deutschland wichtiger Rohstoffgebiete, wie Kohlringens, beraubt, ist das Preisniveau für Stahl auf dem Weltmarkt erschüttert worden. Die Exportpreise für Stahl decken heute noch keineswegs den Selbstkostenpreis in Deutschland. Dieser hat den Friedenspreis auf dem Weltmarkt um 30 Prozent überschritten. Das ist ein ungeheurer Zustand. Aus diesem Grunde sucht man zu einer Verständigung mit den Schwerindustriellen der übrigen Länder zu gelangen, um das Preisniveau zu regulieren, denn die Waise in der Stahlwirtschaft hat alle wirtschaftlichen Grundlagen über den Haufen geworfen. Ein Gebiet wie Kohlringen, das früher in Deutschland ein wichtiges Abfallgebiet hatte, wird heute seine Produktion auf dem Weltmarkt und verdient auf diese Weise den Preis. Diese Verständigung bedeutet noch lange keine Tarifbildung. Sie entspricht rein kaufmännischen Erwägungen, sich mit den Konkurrenzrenten zu verständigen, um zu einer vernünftigen Preisbasis zu gelangen, die den Interessen sämtlicher Länder gerecht wird. Eine solche Verständigung ist aber für Deutschland nur dann möglich, wenn sein jetziger Besitzstand am Export gewahrt bleibt.

Wer diese beiden, von Vertretern der Schwerindustrie gegebenen Erklärungen aufmerksam liest, so schreibt der „Deutsche“ vom 6. Januar, muß zugeben, daß sie bestätigen, was sie eigentlich leugnen möchten. Kein Mensch hat jemals vermutet, daß aus den deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen und den sich daran anschließenden unverbündlichen Verhandlungen mit anderen eisenschaffenden Ländern mit einem Schläge der europäische Eisenmarkt entstehen würde. Wogegen sich mit Recht die Öffentlichkeit gewandt, war das unverbündliche und daher auch unverantwortliche Verhalten über deutsch-französische Eisenpreisabmachungen, die zwar einem Stahlzolltarif noch nicht gleichkommen, immerhin aber geeignet sind, unserer eigenen Handelspolitik und der Gesamtheit der eisenerzeugenden Industrien in Deutschland Schwierigkeiten zu machen. Dabei ist gar nicht geklärt, daß diese Abmachungen evtl. möglich und nützlich sein können. Die Behauptung des Generaldirektors Reichs oder, nur die Wiederherstellung von Vereinbarungen, wie sie vor dem Kriege bestanden, sei möglich, geht unseres Erachtens an der Bedeutung der Dinge vorüber. Durch die Wegnahme der lohnringischen Produktion sind die Verhältnisse so grundlegend umgekehrt, daß eine bloße Wiederkehr des Kriegszustandes ganz unmöglich ist, und jede den Abfall betreffende Abmachung mit Frankreich alles an Bedeutung übersteigt, was früher auf diesem Gebiete überhaupt gesehen konnte. Besser als beratet zweideutige Erklärungen wäre es deshalb, wenn die Schwerindustrie in dieser Angelegenheit offen vorzöge, d. h. als geschlossener Wirtschaftszweig, unter Hinzuziehung aller Vertreter der Industrie, also auch der Arbeitnehmer, verhandelte, und so die Vereinbarungen, falls sie im volkswirtschaftlichen Sinne fruchtbar sind, durchsetzte. Man kann wirtschaftliche Maßnahmen sehr wohl öffentlich vertreten, ohne der Sache zu schaden, man muß es nur richtig anfangen, sie zu begründen und zu rechtfertigen.

Dr. h. c. Margarete Behm

Eine Ehrung besonderer Art wurde Margarete Behm, der verdienten Führerin der Heimarbeiterinnenbewegung, zuteil. Die medizinische Fakultät der Universität Greifswald hat sie zum Doktor ehrenhalber ernannt.

Wer Margarete Behm kennt, weiß, daß sie nicht nach Ehrentiteln geizt. Sie findet ihre höchste Befriedigung darin, den Heimarbeitern, denen ihr ganzes Lebenswerk galt, helfen zu können. Aber verdient hat Margarete Behm die Ehrung, die ihr zuteil wurde, um ihrer Verdienste zur Erinnerung der Notlage der Heimarbeiter. Insbesondere durch die Durchsetzung des Reichsheimarbeitsgesetzes. Wer so selbstlos, mit der Wärme und inneren Ueberzeugungstreue sein ganzes Leben dem Dienste der Vernunft unter den Armen der Lohnarbeiterkategorie widmet, der hat Anspruch auf Anerkennung. Viel eher als so manche, die, aus vollen Geldbeuteln schöpfend, Stiftungen machen und sich dadurch die Unwissenheit auf den Ehrenhöfen sichern. Die Verleihung des Dr. h. c. an Margarete Behm stellt deshalb auch der medizinischen Fakultät der Universität Greifswald ein ehrendes Zeugnis aus. Fürwahr, wer sich erfolgreich um die Besserung der Zustände in der Hausarbeit bemüht, der leistet der Volksgesundheit einen besseren Dienst als die meisten Doktoranden mit mehr oder weniger guten theoretischen Erkenntnissen der Krankheitslehre.

beim Steinbau handelt es sich hauptsächlich schon um eine Sicherung und Umbauung des Herdes, um bedeutend größere Räume und um ihre Anordnung innerhalb eines geschlossenen Gebäudes. Dadurch wurde natürlich eine größere Seßhaftigkeit bedingt, die ihrerseits wieder ein bedeutend höheres geistiges und kulturelles Niveau dieser Völker voraussetzt. Wir können es bei diesen paar flüchtigen Worten bewenden lassen, um nicht zu weit vom Wege abzuweichen, und weisen nur noch auf die Tatsache hin, daß die Familien- und Sippenwirtschaft einen bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung des Holz- wie auch des Steinbaues gehabt hatte. Diese Bauten sind für die gesamte Entwicklung des Hauses von großer Wichtigkeit gewesen und stellen die Grundlage zur Ausbildung einer wahren Wohnstätte für die Volksglieder dar. Wenn aber von verschiedener Seite lediglich die ungeheure Bedeutung und der gewaltige Fortschritt, der in dieser Entwicklung liegt, einseitig betont wird, so müssen diesem Verhalten gegenüber auch Einwendungen gemacht werden. Denn nicht nur die Intelligenz des Volkes hat zu der Verringerung beigetragen, sondern natürliche Bedingungen haben ein ebenso machtvolles Wort dabei gesprochen. Der Holz- und Steinbau sind zum großen Teil auch als Folge von Boden und Klima anzupreisen, denn es liegt auf der Hand, daß die Bewohner von Gegenden, in denen große Wälder gedeihen, oder solchen, wo Gebirgszüge vorherrschen, sich vor allen Dingen dieses beständigen Baumaterials bedienen und nicht erst weite Wege zurücklegen oder unproduktive Zeit vergeuden. Daneben nehmen beide Bauarten, die des Holz- und des Steinbaues, den ungeteilten Vorzug für sich in Anspruch, gleichmäßig eine große Reihe der verschiedensten Wirkungen auf das Familien- und Sittenleben der Bevölkerung ausgeübt zu haben. Es wäre unnützlich zu behaupten, daß die Holzhauskultur einen niederen Wert besitzt wie die des Steinbaues und daß letzterer von größerer Vorgeschiedenheit zeugt als der Holzbau. Bei beiden war eine reichere Gliederung der Räume möglich, wenn der Mensch das notwendige Material zur Verfügung gestellt hatte und beide haben ja auch ausgiebigen Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht. Und wenn weiterhin in Fachkreisen die Behauptung aufgestellt

Der Christliche Metallarbeiterverband, der zum Gewerkeverein der Heimarbeiterinnen und ihrer verdienten Vorsitzenden immer rege Beziehungen unterhält, freut sich wegen der Anerkennung, die dieser mutigen und guten Frau zuteil geworden ist, und er hofft, daß sie im Schilde dieser Anerkennung noch viele Jahre für die Heimarbeiterinnen segensreich wirken möge.

Die Sowjetschar macher

Die Kommunisten sollten vor ihrer eigenen Tür lehren und nicht in Deutschland tun, als ob sie die ersten Kämpfer gegen das Scharfmachertum wären, wo in Rußland das Scharfmachertum von Staats wegen geschützt wird.

Der „Vorwärts“ vom 8. Januar 1925 bringt den Aufsatz einer Gruppe von Metallarbeitern der Putilow-Werke Petersburgs. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Meine Genossen! Niemals war die russische Arbeiterklasse politisch so rechtlos wie gegenwärtig in Sowjetrußland. Im Verlauf einiger Jahre wird unser Geist, unsere Seele von der gemessensten offiziellen Presse der Sowjetemacht vergiftet. Wir ertrinken in der Atmosphäre dieser Presse. Die Sowjetdiktatoren haben ein großes Land in einen Friedhof verwandelt. Die illegale Presse erfordert in der entsetzlichen russischen Verhältnissen ungeheure Opfer. Wegen dieser Tätigkeit ist gegen die russische Sozialdemokratie ein Akzuzus eröffnet worden. Die russischen Gefängnisse und Verbannungsorte sind mit Sozialisten überfüllt, deren ganze Schuld darin besteht, daß sie durch Wort und Schrift für die politische Freiheit kämpfen.“

Daß es den Sowjetleuten gar nicht zunächst um die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ankommt, sondern um ihre politischen Machinationen, dafür liefern auch die Thesen zur Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten Österreichs vom 16. November 1924 den Beweis. Es heißt dort:

„Die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben in der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit nur sekundären Charakter und dienen dazu, die Arbeitermassen in Bewegung zu setzen, um sie für die sozialen, ökonomischen und politischen Probleme zu interessieren, um sie für den revolutionären Gedanken vorzubereiten und reif zu machen.“

Mit anderen Worten: Den Arbeitern geht es gut genug. Um Lohnverhältnisse kümmern sich die Kommunisten erst in zweiter Linie. So sieht die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten aus.

Aufwertung der Renten aus der Invalidenversicherung

Von Landesrat Rediger.

Bei der Festlegung von Renten aus der Invalidenversicherung werden die Steigerungssätze der Beiträge, die vor dem 1. Januar 1924 geleistet sind, nicht mehr angerechnet. Aus den Kreisen der Versicherten wird man nun mit Recht eine Aufrechnung oder nennen wir es eine Aufwertung, dieser Beiträge verlangt. Auch die Versicherungsanstalten haben ihre Vermögensbestände fast reiflos verloren. Sollte es gelingen, daß diese wieder einen Teil ihres Vermögens zurückbekämen — was kaum anzunehmen ist —, so müßte auch eine Regelung für die Anrechnung des Steigerungsbetrages gefunden werden. Inzwischen ist nun doch eine sogenannte Aufwertung bei den Renten aus der Invalidenversicherung erfolgt. Diese befriedigt allgemein nicht, weil man ohne weiteres anzunehmen geneigt ist, es käme bei der alten Berechnung mehr heraus. Legt man die alten Friedensbeiträge, den Grundbetrag, den Reichszuschuß und die Steigerungsbeträge auch nach den Friedensbeiträgen zu Grunde, dann ergibt sich, daß nur ein Teil der Invaliden oder der Versicherten gegen früher verloren hat. Ein anderer Teil hat nicht erheblich gewonnen. Die Beiträge, sowie auch die Renten der Inflationszeit bedeuteten zur Zeit der Zahlung und der Auszahlung manchmal nur den Bruchteil einer Reichsmark und können füglich aus dieser Betrachtung auscheiden.

Die alten Rentenbeiträge bestanden bei der Invalidenrente aus einem Reichszuschuß von 50 Mark jährlich, einem Grundbetrag und Steigerungssatz nach der Anzahl und Höhe der geleisteten Beitragsmarken, dazu kam ein Kinderzuschuß für Kinder bis zu 15 Jahren in der Höhe von ein Zehntel der Rente für jedes Kind.

Bei der Witwenrente fehlte sich der Betrag zusammen aus dem Reichszuschuß von 50 M und drei Zehntel vom Grund- und Steigerungsbetrag der Rente des verstorbenen Mannes. Einen Kinderzuschuß gab es dabei nicht, sondern die Waisenrente bis zum 15. Lebensjahre. Sie bestand aus einem festen Reichszuschuß von 25 M jährlich für jede Waise, ferner für die erste Waise drei Zwanzigstel des Grund- und Steigerungsbetrages von der Rente des Vaters, für jede folgende Waise nur ein Vierzigstel vom Grund- und Steigerungsbetrag.

Die Hinterbliebenenversorgung ist mit der Einführung der Reichsversicherungsordnung erst im Jahre 1912 in Kraft getreten und ist daher wohl nur als ein Verzichtsprakt anzusehen.

Bei den späteren anderweitigen, durch die Not hervorgerufenen Änderungen hat der Gesetzgeber die hinterbliebenen Witwen und besonders die Waisen besser bevorzugt. Ebenso auch die Rentenempfänger mit zahlreichen Kindern. Allgemein sind zunächst die

Kinderzuschüsse und die Waisenrente seit August 1923 bis zum 18. Lebensjahre zu zahlen. An sich sind diese Beiträge auch derart höher gestellt, so daß ein Unterschied gegen eine nach Friedensverhältnissen festgesetzte Rente nicht mehr in Erscheinung kommt, sondern hier noch häufig besonders bei der Waisenrente darüber hinausgeht. Diese Renten reichen selbstverständlich nicht zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse, sind jedoch bei der Frage der Aufwertung sehr wohl erkennbar und müssen als solche auch betrachtet werden. Durch den Krieg und seine Folgen ist die Zahl der Witwen und Waisen ganz enorm gestiegen und die wenigen Mark im Einzelfalle stellen im Gesamtbetrag eine ganz bedeutende Leistung dar.

Nach der neuen Berechnung sind die alten Versicherten und von diesen solche mit hoher Markenzahl und ohne Kinder unter 18 Jahren am meisten geschädigt. Das Entgegenkommen, die Altersrente fallen zu lassen und beim 65. Lebensjahre die Invalidität nach einer Wartzeit von 200 Beitragswochen zu gewähren, ist ein wesentlicher Vorteil für alle Versicherten, die aber nur verhältnismäßig wenige Beiträge geleistet haben. Um besten zeigen dieses einige Beispiele.

Der Grundbetrag in den früheren fünf Lohnklassen betrug pro Wochenmarke, in der 1. Klasse 12 M, in der 2. Klasse 14 M, in der 3. Klasse 16 M, in der 4. Klasse 18 M und in der 5. Klasse 20 M. Bei Berechnung des Grundbetrages wurden nur 500 Beitragswochen zu Grunde gelegt, die fehlenden wurden aus der ersten Lohnklasse hinzugerechnet, der überschüssige Teil blieb beim Grundbetrag außer Anrechnung.

Die Steigerungssätze betragen in der 1. Klasse 3 M, in der 2. Klasse 6 M, in der 3. Klasse 8 M, in der 4. Klasse 10 M und in der 5. Klasse 12 M. Der Steigerungssatz wurde bei allen Marken berechnet.

1. Beispiel:

Ein alter Versicherter mit 1500 Beitragswochen. Die Beiträge sollen normal sein in Klasse 3: 600, in Klasse 4: 600 und in Klasse 5: 300, = 1500. Sämtliche Marken sind bis zum 1. Januar 1924 verwandt. Nach alter Berechnung betrüge die Rente, erstens Reichszuschuß 50 M, zweitens Grundbetrag 300 mal 20 M, = 6000 und 200 mal 18 M, = 3600 M. Also Grundbetrag 600 und 3600 = 96 M, drittens Steigerungssätze d. l. 600 mal 8 M, = 4800, 600 mal 10 M, = 6000 und 300 mal 12 M, = 3600 M. Zusammen 144 M, sodas die Gesamtrente pro Jahr 50 M und 96 M und 144 M, = 290 M wäre.

Nach der neuen Berechnung erhält dieser Invalide Reichszuschuß 48 M und 120 M Grundbetrag, = 168 M. Er hat also jährlich durch die Inflation 122 M verloren.

Hätte derselbe Versicherte vier Kinder unter 18 Jahren, so würde sich bei der alten Berechnung der Kinderzuschuß bis zum 15. Lebensjahre die Rente um vier Zehntel erhöhen und betrüge 116 M mehr, also 406 M. Nach der neuen Berechnung würde die Rente bis zum 18. Lebensjahre der Kinder um je 36 M, = 144 M oder auf 312 M erhöht. Der jährliche Verlust wäre immer noch 84 M.

Wenn der erlähmte Versicherte gestorben und dessen Ehefrau invalide geworden, so erhielt diese die Witwenrente, die Kinder aber ohne weiteres die Waisenrente bis zum 15. Lebensjahre bzw. bis zum 18. Lebensjahre. Nach alter Berechnung erhielt die Witwe 50 Mark Reichszuschuß und drei Zehntel vom Grundbetrag und Steigerungssatz der Invalidenrente des Mannes, oder 50 M und 22,80 M und 43,20 M, = 122,80 Mark. Nach neuerer Berechnung 48 M Reichszuschuß und sechs Zehntel vom neuen Grundbetrag, = 72 M oder 120 M. Der Verlust betrüge nur 2,80 M. Die Waisenrente nach alter Berechnung bis zum 15. Lebensjahre betrüge für die erste Waise 25 M Reichszuschuß und drei Zwanzigstel vom Grundbetrag und Steigerungssatz aus der Rente des Vaters. Das 25 M und 14,40 M und 21,60 M, = 61 M. Die 2., 3. und 4. Waise erhielten je einen Reichszuschuß von 25 M, = 75 M und je ein Vierzigstel des Grundbetrages und Steigerungssatzes oder 75 M und 7,20 M und 10,80 M, = 93 M oder zusammen 154 M.

Nach neuerer Berechnung erhält jede Waise bis 18 Jahre einen Reichszuschuß von 24 M und fünf Zehntel des neuen Grundbetrages von 120 M, = 60 M, zusammen 84 M, mal 4, = 336 M oder ein Mehr von 182 M jährlich.

2. Beispiel:

Ein Versicherter mit 700 Beitragsmarken bis zum 1. Januar 1924. Die Beitragsklassen sind 500 in der 5. und 200 in der 4. Klasse. Nach alter Berechnung betrüge die Rente 50 M Reichszuschuß, Grundbetrag 500 mal 20, = 1000 M, Steigerungssatz 500 mal 12, = 600 M, 200 mal 10 M, = 2000 M, zusammen also 2800 M. Nach der neuen Berechnung betrüge die Rente 48 M Reichszuschuß und 120 M Grundzulage, = 168 M, Verlust noch 62 M im Jahre.

Bei vier Kindern würde sich die Rente früher um 92 M auf 322 M erhöhen, jetzt erhöht sie sich um viermal 36 M, = 144 M, auf 312 M. Der Verlust wäre hier nur noch 10 M.

Folgen wir hier dem ersten Beispiel. Die Witwenrente betrug früher Reichszuschuß 50 M, weiter drei Zehntel des Grundbetrages und Steigerungssatzes, sind 90 M und 24 M, zusammen 104 M. Jetzt betrüge sie, Reichszuschuß 48 M, und sechs Zehntel des Grundbetrages von 120 M, = 72 M oder zusammen 120 M. Gegen früher sind das 16 M mehr.

Die Waisenrente würde nach der alten Berechnung betragen, für die erste Waise Reichszuschuß 25 M und drei Zwanzigstel des

wird, daß das erstmalige Brennen von Ziegeln weit wichtiger gewesen wäre, als die Anfertigung des ersten Pfuges, so muß man auch hier einwendend eingreifen. Wir dürfen uns auf keinen Fall die Entwicklung so vorstellen, daß etwa eine Zeitlang der Bau des Holzhauses ausgeübt wurde und daß dann plötzlich jemand auf die Idee des Ziegelnbrennens verfallen wäre, wonach sich alles dem Steinbau zuwandte. Im Gegenteil, die Verwendung der Steine und Ziegel zum Häuserbau ist erst ganz allmählich gekommen und zwischen dem Holzhaus und dem Steinhaus steht als Vermittler das Haus von Holz, Lehm, Stroh, Fachwerk und getrockneten Lehmziegeln errichtet. Also von einer epochenmachenden Bedeutung des erstmaligen Brennens eines Ziegels kann wohl nicht die Rede sein. Unbestreitbar bleibt natürlich, daß mit dem Bau mit Ziegeln und später bebauten Steinen ein größerer Zug zur Festigkeit und Stetigkeit in die gesamte Entwicklung getragen wurde. Nicht nur eine größere Haltbarkeit und Dauerhaftigkeit des Hauses wurde erreicht, die Gefahr der Vernichtung durch Feuersbrand verringert, sondern eine starke Festlegung am Boden bedingte eine allgemeine Dauerhaftigkeit der gesamten Zustände. Die Nomadenwirtschaft verlor völlig ihre Bedeutung, das ruhelose Umherwandern wich großer Seßhaftigkeit, an der sich vor allen Dingen ein plan- und energiegelobtes Streben nach wirtschaftlicher Hebung und Besserung der Lage anschließte konnte. Die Arbeitsteilung wurde zur Notwendigkeit, da die Vereinigung aller Arbeitsverrichtungen in einer Person nicht mehr möglich war, das technische Zusammenwirken vieler nach an Bedeutung zu und wurde immer mehr geübt. An den Ziegel und Stein schloß sich dann naturgemäß die Befestigungskunst, der Tempelbau und die Anwendung der Mechanik auf die Bauten als Folge der wirtschaftlichen Verfeinerung und höheren gesellschaftlichen Ansprüche an. Die patriarchalische Hauswirtschaft mit ihren technischen Vorkenntnissen im Gartenbau, der Obst- und Weinbau knüpft in ihrer Ausbildung weit mehr an den Stein- wie an den Holzbau an. Kurz, die Festerkeit, die in all den Jahrtausenden notorisch feststand wurde, mußte bei der Verbreitung des Steinbaues einer steigenden, besseren Ordnung weichen. Es war keine Gewohnheit und keine Sitte

mehr, daß Menschen und Tiere sich in die Benutzung der Räume teilten — das Vieh wurde von jetzt ab in eigenen Ställen untergebracht. Auch mit der Sitte des Feuerlagers auf der Erde wurde aufgegeben — das Feuer brannte von jetzt ab auf dem Steinherde des Steinhauses. Die Herdsteine aber Werkzeuge wurden nicht mehr in irgendeinem Winkel verstaubt — sie erhielten den notwendigen Schutz durch bauliche Steinrichtungen. Die Männer lagerten nicht mehr im Freien zur Verrichtung irgendwelcher technischer Arbeiten — sie bauten sich feste, geschützte Werkstätten und Unterflurräume und verlegten so eine steigende Anzahl technischer Vorgänge in den geschlossenen Raum. Neben der bildenden Ordnung wurde das Familienleben in wirtschaftlicher Hinsicht zu erhöhter Nachhaltigkeit zu Gestaltung, zur Ausübung und weitestgehender Inanspruchnahme aller erdenklichen kleinen technischen Fortschritte erhoben. Fragen wir uns aber, wie ein Steinhaus jener Völker bzw. jener Epoche aussahen haben mag, dann müssen wir wohl antworten, daß das älteste Steinhaus der Ägypter in ältester Zeit nicht viel mehr war als eine kleine Höhle, ohne viel Licht und Luft, ein Gemölbe aus Backsteinen oder Lehmziegeln, das mit einem Abfallüberzuge versehen war. Der Zweck dieser Schutzschicht mag hauptsächlich die Abhaltung der Hitze von außen gemeint sein. Als man dann aber einsah, daß ein derartiges Gemölbe zu un bequem war und die Ansprüche der Menschen sich steigerten, ging man zu einer Erweiterung der Räume über. Man legte kurzgerad mehrere derartige Räume neben- und aufeinander. Dem Klima trug man dadurch noch Rechnung, daß ein flaches Dach dem Aufbau aufgesetzt wurde, um die Abendkühle zur Erholung benutzen zu können, und offene Säulengänge gegen den inneren Hof schloßen das Gebäude ab. Nach und nach gewählte man auch Licht und Luft mehr Zutritt, was die Rohheit des Baues natürlich erhöhte, jedoch man mit entsprechender Ausdehnung des Hauses auf einen verhältnismäßigen Reichtum der Bewohner überführen konnte. Die Bautechnik hatte dann höhere Aufgaben zu bewältigen, als die Häuser in Ägypten. Babylon, Tyrus und Sidon bereits drei-, vier-, fünf- und sechsstöckig aufbaut wurden. (Schluß folgt.)

Kollegen! Werbt für den Verband!

Grund- und Steigerungsbetrages, d. i. 15 M und 12 M. = 27 M oder mit dem Zuschuß des Reiches 52 M für die erste Waise. Für die folgenden drei Waisen je 26 M Reichszuschuß und ein Viertel des obengenannten Betrages, d. i. 75 M und 7,50 M und 8 M. = 88,50 M. Steigerungssatz 8 M, zusammen 116 M. Jetzt erhält dieser 48 M Reichszuschuß und 120 M Grundbetrag, = 168 M oder 52 M mehr. Bei vier Kindern liegt die Rente im ersten Falle um 48,40 M auf 162,40 M, im zweiten Falle auf 312 M, also mehr 149,60 M.

Ein Werkverder mit 200 (die niedrigste Zahl) Beitragsmarken bis zum 1. Januar 1924 in Beitragsklasse 1 erhielt an Rente nach alter Berechnung, Reichszuschuß 50 M, Grundbetrag 60 M, Steigerungssatz 8 M, zusammen 116 M. Jetzt erhält dieser 48 M Reichszuschuß und 120 M Grundbetrag, = 168 M oder 52 M mehr. Bei vier Kindern liegt die Rente im ersten Falle um 48,40 M auf 162,40 M, im zweiten Falle auf 312 M, also mehr 149,60 M.

Die Witwenrente stellte sich nach der alten Berechnung auf 67,80 M, nach der neuen auf 120 M oder 52,20 M mehr.

Die Waisenrente für die vier Kinder betragen nach der alten Berechnung insgesamt 114,25 M, nach der neuen Berechnung Reichszuschuß viermal 24 M. = 96 M und viermal fünf Zehntel von 120 M. = 240 M. = 336 M oder 221,75 M mehr.

Wenn für Invaliden mit zahlreichen Kindern, für die Witwen und Waisen trotz der allgemeinen Notlage mehr geleistet wurde, so ist das nur zu begrüßen.

Verbandsgebiet

Gleiwitz. Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften. Einem langgehegten Wunsch entsprechend, veranstaltete auch das Ortskartell Gleiwitz vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften am 27. Dezember im Christl. Gewerkschaftshaus eine besondere Jubiläumsfeier. Die Gesangsabteilung des Kath. Arbeitervereins unter der Führung des auf dem Gebiete der Gesangsart unermüdet wirkenden Direktors Volkmer hatte bereitwillig ihre Mitwirkung zugesagt. Gewerkschaftssekretär Gorzanski als Ortskartellvorsitzender begrüßte zunächst alle Erschienenen, insbesondere die Vorstehenden des D.G.B., Landesausführenden Reichstagsabgeordneter Kollege Ehrhard, Ortsausführenden Reichstagsabgeordneter Kollege Ehrhard, Ortsausführenden Reichstagsabgeordneter Kollege Ehrhard, den Vertreter des D.G.B., Kollegen Schneider, sowie alle anwesenden freigestellten Kollegen der anderen Bundesverbände. Von auswärtigen Gästen waren anwesend: das Hünshagen, Sosnitzer und Schönwälder Ortskartell, vertreten durch die Kollegen Gewerkschaftssekretär Stara, Kollegen Rehdig, Blüthgen und Timander. Darauf wurde kurz auf die hohe Bedeutung der Feier, sowie auf das Leben und Wirken unserer Führer im Interesse der Gewerkschaft hingewiesen. Nach einigen meisterhaft vorgetragenen Konzerten des Gleiwitzer Gesangsvereins erhielt Reichstagsabgeordneter Ehrhard das Wort zur Festrede. Er führte die Zuhörer im Geiste zurück an jene Zeit der Gründungsjahre, wo unter außergewöhnlichen Schwierigkeiten Männer der Arbeit sich zusammenschlossen und auf dem Mainzer Kongress den Grundstock zum Gesamtverband legten. Aus seiner eigenen persönlichen Erfahrungen wies er hin, wie der Arbeitsvertrag lediglich von den fühlenden Kräften beeinflusst werden kann, welche die Arbeiterkraft in die Produktion einbringen, um so zu der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung zu kommen. Nicht Objekt, sondern Subjekt muß der Arbeiter im Produktionsprozess sein. Alle guten Ansätze sind leider durch den unglücklichen Krieg verloren gegangen. Dies muß uns aber ein Ansporn sein, mit erneuten Kräften nicht nur das Verlorene, sondern auch neue soziale Errungenschaften für die wertvolle Bevölkerung herauszuholen. Wollen wir dieses Ziel erreichen, dürfen wir uns nicht auf die Arbeit anderer verlassen, sondern müßten selbst alle äußeren Anfeindungen die Sinne bieten. Jetzt soll die Arbeiterkraft den Beweis erbringen, daß sie nicht gewillt ist, sich auch in Zukunft als das Ausbeutungsobjekt des internationalen Handelskapitals behandeln zu lassen. Nur durch aller christlich denkenden Männer muß es nun sein, in persönlicher Aussprache seine Mitarbeiter für den Eintritt in die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen versuchen.

Hünshagen. Nachdem in fast allen Gegenden Deutschlands die christlich organisierten Metallarbeiter des 25-jährigen Bestehens ihres Verbandes gefeiert haben, haben es sich die christlich organisierten Metallarbeiter des Hünshagens nicht nehmen lassen, das Silberjubiläum ihres Verbandes feierlich am letzten Sonntag in Seibersbach zu begehen. Schon beim Betreten der Gemeinde Seibersbach sah man, daß was Augenwunderliches los sei. Das unermüdete Festkomitee hatte an den Ortseingängen Triumphbögen errichtet und den größten Teil des Ortes mit bunten Fahnen geschmückt. Der Beginn der Feier war auf 3 Uhr festgesetzt. Aber schon lange vorher waren aus allen Orten die Metallarbeiter, manchmal mehrere Stunden weit, herbeigeeilt, um Zeuge zu sein, wie als die Musikkapelle mit einem flott gespielten Marsch die Veranstaltung eröffnete, war der Saal überfüllt und viele fanden keinen Platz mehr. Das Gesangsquartett von Seibersbach brachte den Chor „Gott grüße dich“ zum Vortrag und dann folgte ein Prolog, der die Treue zum Verband im Ausdruck brachte und der in vorzüglicher Art von dem Formner B. D. He in gesprochen wurde. Hierauf ließ der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes für den Hünshagen, H. Güllert, die Ehrengäste und alle Erschienenen herzlich willkommen; ein besonderes Willkommen galt den Vertretern der Gemeinden Stremberg und Hainbollen, den Bürgermeistern Wandesleben und Grün, den Vertretern der beiden Konventionen, dem Polizeier, Regierungsrat und Landtagsabgeordneten Knoll, den Ortsvorstehern, Gemeinderäten, sowie den Vertretern des Reichsverbandes, P. A. u. S., Franke, und den beiden Betriebsbeamten Meyp und Theis. Nachdem noch ein schönes Heineke vom Gesangsquartett vorgetragen worden war, ertönte Regierungsrat Kollege Knoll das Wort zur Festrede über Geschichte, Ziele und Grundzüge unserer christlichen Gewerkschaften. Seine erregende Rede fand fürwahr Zustimmung. Hierauf sprachen die weltliche und geistliche Behörde, sowie der Vertreter des Deutschen Arbeiterverbandes ihre Glückwünsche aus. Abschließend wurden Posaunen und Gesangsstücke vorgetragen, und es schied man am Ende der Mittagsveranstaltung, die der Vorsitzende mit einem lehrreichen Vortrag versehen hatte, auf den Christlichen Metallarbeiterverband hin. Am Abend versammelten sich nochmals die Mitglieder mit ihren Frauen und ionigen Angehörigen wiederum in zahlreicher zu einem fröhlichen Stunden. Hierbei hielt Bezirksleiter Meyp eine Ansprache. Bekräftigt calling seine Worte den Arbeiterinnen und der Frauen. Der Vorstand wollte es besonders zwei erwerbsfähiger des Verbandes zur Anerkennung vor den Vätern des Verbandes und Betriebsleitenden Frau Nieber und seinen getreuen Gehilfen Adam Keker, einen Sohn des Hünshagens, die keine vier geküßt haben den Verband nachwärts zu bringen. Am Schluss nach der Bezirksleiter die Anerkennung, daß der Christliche Metallarbeiterverband für seine Mitglieder auf dem Hünshagen alles tun werde, um ihre Lage zu verbessern, denn auch heute ist es noch so wie in früheren Zeiten, daß in Formertreien erzählt: „Wenn in früherer Zeit ein Arbeiter Formertreien abwärts zu seinen Kollegen kam und er auf die Frage: „Wo kommt du her?“ antwortete: „Von der Arbeiter Seite“, so waren die Kollegen zu dem Formertreien vom Hünshagen.“

„du wirst wohl müde sein.“ Man wollte damit sagen, daß die Arbeit auf dem Hünshagen ganz besonders schwer sei. Der fürwahrige Welsch sagte, wie so recht der geschätzte Redner das Richtige getroffen hatte, und nach einigen fröhlichen Stunden, wo noch manche persönliche Erinnerung zum Ausdruck kam, schied man im Bewußtsein, daß auch die Jubiläumsgedächtnisfeier der Hünshager Metallarbeiter sich würdig einreihen kann in die vielen Veranstaltungen des übrigen Verbandsgebietes.

Cosnabrück. Ein eigenartiges Beispiel von Tarifstreik gibt der hiesige Arbeitgeberverband. Obwohl am 31. Oktober der Reichskommissar mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Schlichterpruch fällte, der ab 1. November 1924 eine Lohnerhöhung von 7 Prozent brachte und dieser durch den Schlichter für verbindlich erklärt wurde, ging die Firma C. Wegmann, Eigengießerei und Maschinenfabrik, dazu über und verlangte von den Formern, daß selbige nicht nur auf die Lohnerhöhung verzichteten, sondern außerdem noch in einen 10prozentigen Lohnabzug einwilligten. Ebenso ging die Firma B. R. K. R. u. Co., Eigengießerei und Maschinenfabrik, deren Inhaber der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes ist, vor. Daß die Formner dieses Ansinnen ablehnten und auf den abgeschlossenen Tarif- und Lohnvertrag hinwiesen, ist selbstverständlich. Doch was störte den Firmen der Tarifvertrag. Sie kündigten nun sämtlichen in der Gießerei beschäftigten Arbeitern, und die Firma Wegmann sperrte bereits am 13. Dezember diese aus. Zeigte schon das gleichartige Vorgehen der genannten Firmen, daß es sich um einen vorbereiteten, systematischen Angriff gegen das Tarifrecht der Arbeiterkraft handelt und der Arbeitgeberverband dieses Vorgehen nicht, so wird diese Annahme noch durch die vom Arbeitgeberverband uns gegenüber eingenommene Stellung bestätigt, indem er in den Maßnahmen der Firmen keine Verletzung des Tarifvertrages sieht. Bezeichnend für den im hiesigen Arbeitgeberverband herrschenden Geist ist noch der Umstand, daß sich die Mitglieder noch nicht einmal durch den Gedanken an da nahe Weihnachtstfest von einem derartigen Schritt abhalten ließen. Durch Hunger wollen sie die Arbeiterkraft geüßigt machen, um sie zum Verzicht auf die tariflichen Rechte zu veranlassen. Die Arbeitgeber haben sich jedoch verrechnet. Eine allorganisierte, gut-

disziplinierte Arbeiterschaft bürgt dafür, daß diese Angriffe der Arbeitgeber zurückgehen werden. Auch die nicht bezugsfähigen Kollegen lassen es an Opfermut nicht fehlen. Allenfalls wird ein hoher Ertragsbeitrag von den Kollegen für die Dauer der Bewegung gezahlt, wodurch es noch weiter ermöglicht wird, jede Unterfertigung den Ausgesperrten zuteil werden zu lassen.

Bekanntmachung

Sonntag, den 18. Januar, ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Das Jahrbuch 1925 der Christlichen Gewerkschaften ist erschienen. Bestellungen sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle, Duisburg, Stapelfor 17.

Briefkasten

Dr. Menden. Das Verbandsorgan dankt für eure Wünsche zum Jubiläum. Es gibt sich der Hoffnung hin, daß die Mendenber Jüngens tapfer und treu stets für unsern Christlichen Metallarbeiterverband weiter arbeiten.

Nach Selbst. Also, ihr habt Schadenfreude, daß dem Herrn Karthagoerzähler eine Gehaltsaufbesserung und ein Auto von seinen Brüdern nicht zugestanden wurden. Ja, ja, ein Unglück kommt selten allein. Erst erlebte Klente den Durchfall (und welchen) nach einer starken Dosis Schlichtungs-izinusöl, darauf streicht man ihm die Gehaltsaufbesserung und das Auto. Na, da hätte ja manche Kuh die Augen aufgetan, wenn Klente mit Töff-Töff über fastige Auen gefahren wäre. Aber Unbunt ist der Welt Lohn.

Produktion und Arbeitszeit

Das Bestreben unseres Christl. Metallarbeiterverbandes, eine Reform der Arbeitszeit für die Arbeiter der Schwerindustrie herbeizuführen, findet in Unternehmertreien hartnäckigen Widerstand. Dieser Widerstand, der sicherlich ebenso sehr prinzipieller, wie wirtschaftlicher Natur ist, wird allerdings stets mit einem wirtschaftlichen Mantelchen verkleidet. Bei den letzten in seiner Art durchgeführten Verhandlungen wurde besprochen, es die Frage der Produktion in den Vordergrund zu rücken. Durch Rechenexempel aller Art durch Schwindel und durch alle möglichen Vergleiche mit 1913 soll der Wert der Produktion gemacht werden, daß nur unter Aufrechterhaltung der zweigeteilten Schicht in den kontinuierlichen Betrieben die Produktion der Friedenszeit wieder zu erreichen und die Wirtschaft zu retten sei. In der Regel läßt man bei diesen Berechnungen manche Gesichtspunkte gänzlich außer acht. Zunächst sind ja an sich alle Vergleiche mit 1913/14 belanglos und ohne besonderen Wert, weil ein zuverlässiger Vergleich mit der Friedenszeit überhaupt nicht möglich ist. Wir haben heute nach dem verlorenen Kriege und seinen Auswirkungen ganz andere Wirtschaftszusammenhänge und ein wesentlich anderes Wirtschaftsbild. Zunächst wurde durch den Versailles-Friedensvertrag, der nicht nur den Verlust bedeutsamer Rohstoffgebiete, sondern auch Produktionsstätten für uns bedeutete, nach der Weltkriegszeit „Stahl und Eisen“, Nr. 1/1925 Seite 14, 37,6 Prozent der Fließfähigkeitsleistung der Reichseisenindustrie verloren. Dazu trat dann all das andere Ungemach der Nachkriegszeit, angefangen von der revolutionären Vermirung breiter Volks-, nicht nur Arbeiterkräfte bis zum Verlust des Ansehenskomplexes. Wir wollen dabei auch einmal darauf verweisen, daß es sehr fraglich ist, ob überhaupt Abfahrsmöglichkeit für eine gleich große Produktion wie 1913 gegeben ist. Nach „Stahl und Eisen“ a. a. O. hatten wir in 1913 eine Rohleistungsgewinnung von 19,31 Mill. T. und eine Fließfähigkeitsleistung von 18,93 Mill. T. Soweit der Auslandsmarkt in Frage kommt, ist nach derselben Quelle „die Verarmung vieler Länder und der über das vernünftige Maß weit hinausgehende Zollschutz mancher Staaten schuld daran, daß eine planmäßige Entwicklung der Eisenindustrie, der Eisenarbeit und des Abzuges erschwert wird.“ Dabei kommt noch verhängend in Frage, daß einzelne Länder, z. B. Frankreich, für ihre jetzige Erzeugung im Lande selbst keine Verwertungsmöglichkeit haben und deshalb gezwungen sind, diese Erzeugung im Auslande abzugeben. Soweit unser Auslandsmarkt in Betracht kommt, rechnet „Stahl und Eisen“ a. a. O. mit einer deutschen Eisenleistungszahl von 72 Mill. T. in den Monaten Januar/September 1924, also auf das ganze Jahr berechnet, mit etwa 9-10 Mill. T. gegen 13,84 Mill. T. in 1913. Als Ursache dieses Rückganges wird angeführt, daß in den Inflationsjahren viele Verbraucher sich Eisenlager zulegte und lange Zeit davon lebten, und besonders die früheren Großabnehmer der Eisenindustrie, Eisenbahnen und Werften, mit ihren Aufträgen stoppten. Man könnte neben den genannten noch manche andere Ursachen anführen — wir wollen uns indes auf die genannten beschränken. Die ganzen Verhältnisse sind also anders geartet wie 1913. Vollwertige Vergleiche lassen sich gar nicht ziehen.

Es ist aber auch weiterhin falsch, daß man von Unternehmenseite immer wieder verdammernd mit der Gleichung auswertet: Kürzere Arbeitszeit — geringere Produktion. Für die ununterbrochenen Betriebe kommt diese Gleichung als unumgängliches Dogma sicher nicht in Frage. Schon deshalb nicht, weil eben ununterbrochen gearbeitet wird. Der Arbeitsprozess erleidet eben keine Unterbrechung, ab die Schichtdauer nur 12 oder 8 Stunden beträgt. An sich wird also eine kürzere Schichtdauer die Produktionsmenge nicht beeinflussen. Wenn heute die Großeisenindustrie mit gegenüber den Vorjahren mehr oder minder gesteigerter Produktion auszuwarten, so ist daran zu verweisen, daß das Jahr 1922 trotz des Dreischichtensystems produktiv mit einer Arbeitsleistung von 9,39 Mill. T. und seiner Fließfähigkeitsleistung von 11,72 Mill. T. noch nicht erreicht wurde trotz verlängerter Arbeitszeit. Die Unternehmerrrechnungen gehen aber geröhnlich nicht von der erzielten Produktionsmenge überhaupt aus, sondern berechnen den Produktionsanteil pro Arbeiter. Das ist konstant, daß mit der Vermehrung der Arbeiterzahl der Produktionsanteil pro Arbeiter sinken muß. Wenn z. B. 300 T. von 2 $\sqrt{10} = 20$ Arbeiter in 2 Schichten erzeugt werden, dann entfällt auf den einzelnen Arbeiter ein Anteil von 15 T. Wenn dagegen 3 Schichten also 30 Arbeiter in Frage kommen, beträgt der Produktionsanteil pro Arbeiter nur 10 T. Das ist ein Rückgang um 33,3 Prozent pro Arbeiter. Mit solchen Berechnungen wird dann der Eindruck erweckt als ob per kürzere Arbeitszeit auch noch ein großes Maß von Freiheit herauskäme. Dabei ist die Intensität der Arbeit und die Anspannung der Arbeitskraft sicher nicht geringer, sondern in sehr vielen Betrieben erheblich stärker, als im Frieden.

Noch eine andere Frage wollen wir in dem Zusammenhang anführen. In der „Königlich Preussischen“ Nr. 1/1925 findet Herr v. Jeana in einem Artikel: „Denkmal für die Arbeiter der Stahl- und Eisenindustrie“ die Notwendigkeit des Zusammenhanges aller deutschen Menschen über alle Standesunterschiede hinweg zwecks gemeinsamer

Erhaltung einer nationalen deutschen Kultur. Wir stimmen diesen Ausführungen vorbehaltlos zu und wünschen nichts schärlicher, als daß es endlich nach all den Wirnissen vergangener Tage zu einer wirklichen, nationalen Volks- und Arbeitsgemeinschaft komme. Herr von Jeana bringt aber in diesem Artikel auch Gedankengänge mit unter, die uns bedenklich stimmen, ob der baldigen Erreichung dieses Hochzieles. Er sagt folgendes:

„Dem deutschen Arbeitgeber wird dabei (Erstrebung gefunder Wirtschaft. Die Redaktion) in Verallgemeinerung vielleicht eines Einzelfalles von überwollender Seite oft vorgeworfen, daß er bei seinem Streben, durch Arbeit zum Volkswohlstand zu kommen, nur das Materielle gelten ließe, das Egoistische in den Vordergrund stelle und vergesse, daß der Arbeiter auch ein Mensch sei und eine Seele habe. Zunächst sei hier etwas vorausgeschickt, nämlich der gleiche Vorwurf von der Gegenseite. Sie vergißt häufig, daß auch der Arbeitgeber ein Mensch ist und eine Seele hat. Wenn man von beiden Seiten die Dinge rein menschlich betrachten würde, dann läßt sich wohl schneller zum gegenseitigen Verstehen. Also es ist bekannt und wird ausdrücklich „anerkannt“, daß der Arbeiter ein „Mensch“ ist, und es wird immer wieder festgestellt, daß das Schlagwort gewerkschaftlicher Berufsagitatoren, daß dies der Arbeitgeber nicht wüßten, falsch ist. Es kommt nur darauf an, ob die Methode des verantwortungsbewußten Arbeitgebers die richtige ist, nämlich den Arbeiter durch ein Geben größerer Verdienstmöglichkeiten das Dasein menschlicher zu gestalten, die Wirtschaft durch Produktionssteigerung zur Gesundheit zu bringen, und damit den Wohlstand des gesamten Volkes wie des einzelnen zu heben, oder ob die gewerkschaftliche Methode besser ist, zu sagen, obenan steht das Dogma, dann der Lohn und dann erst Nahrung, Arbeit, Leistung u. a. mehr. Die Entscheidung hierüber überlasse ich dem logisch denkenden Leser. Wenn wir erst wieder so weit sind, daß der „Mensch Arbeiter“ zum „Mensch Arbeitgeber“ unmittelbar sprechen kann, wenn das Vertrauen von Mensch zu Mensch der gleichen Nation wieder kommt, dann wird sich meines Erachtens auch die Frage des Wohlstandes ohne größere Meinungsverschiedenheiten und soziale Kämpfe von selbst lösen. Denn bisher hat immer auch das gesunde Wirtschaftsbewußtsein des mit dem Werke vermachlenen Arbeiters über Phrasensturm und Dogmatik gestiegt.“

Herr v. J. sieht sicher, soweit der Vorwurf des egoistischen Strebens gegen das Arbeitgeberum in Frage kommt, zu ideal. Man braucht gewiß nicht an persönlichen Egoismus zu denken, aber der Grundzug unserer Wirtschaft ist egoistisch, ist so egoistisch, daß sie Menschenwürde leiden läßt nur um des Gewinnes willen. Nicht auf das Befinden oder Anerkennung des Arbeitermenschen kommt es letzten Endes an, sondern auf die Praxis. A. Heinen zeichnet in der letzten Nummer der „Führerkorrespondenz“ den „königlichen Typ des Unternehmers“. Er sagt u. a.:

„Der unverschämlich denkende Unternehmer aber wird nicht blick den Arbeitern in seinem Unternehmen das Existenzminimum und darüber hinaus auch noch ein meinetztes Ziel und Stannweiln zubilligen — er wird vielmehr an oberster an erster Stelle aus Ganze denken, es wird in ihm ein Schauen sein, daß die Wirtschaft den Menschen, d. h. der Gemeinschaft, zu dienen hat, es wird zwischen ihm und den Arbeitern nicht etwa Vertrag, sondern „heiliger Treubund“ ein.“

Auch Herr v. J. wird zugeben, daß von dieser Auffassung das heutige Unternehmertum in breitesten Schichten noch sehr weit entfernt ist. Wir wollen auf den Vorwurf der gewerkschaftlichen Dogmatik gar nicht eingehen. Er trifft die christlichen Gewerkschaften nicht. Wir wollen es einmal deutlich sagen. Wenn alle Kreise ein so hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volksganzen beweisen könnten, läße es in vielfacher Hinsicht besser aus. Als damals die revolutionäre Sturmflut über uns hinwegzobte, da haben unsere christlichen Kollegen oft unter Mißachtung größter persönlicher Gefahr den Preisstein gebildet. Wirtschaft und Volk sind ihnen zu großem Dank verpflichtet. Und wie sieht der Dank denn aus. Als im Dezember 1923 die Betriebe wieder geöffnet wurden, ließ man in vielen Betrieben die Christlichen Gewerkschaften drücken und zog Kommunisten vor. Und als Weihnachten 1924 auf der Gute-Hoffnung-Hütte christliche Arbeiter ihren höchsten Feiertag haben wollten und um Urlaub bat, da kündigte man die Arbeiter. Wir beantragen hier keinen Dank, aber die ganze Haltung des Unternehmertums gegenüber den Arbeitern läßt hinaus auf Unterabuna einer der wichtigsten Grundpfeiler der Produktion — der Arbeitsfreude. Oder glaubt Herr v. J., daß eine Arbeiterschaft, der so zugeführt wird, wie im letzten Jahre, ihre Arbeitsfreude zu erhalten überhaupt fähig wäre? Wer den Wideraufbau unserer Wirtschaft ernstlich will, der darf die Bedenklichkeit der inneren anteilnehmenden freien und gleichberechtigten Arbeiterschaft nicht übersehen. Für unsere Kollegen gilt es, eine solche zu erstreben durch Anspannung aller Kräfte bei der Ausbreitung der finanziellen Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes.